

BGA-Ausschuss: Mindrup zu den Zielen der großen Koalition im Bereich Klima und Energie

Klaus Mindrup, MdB, stellte die Ziele der großen Koalition beim BGA-Ausschuss für Umwelt und Energie in Berlin vor. Neben dem Klimaschutz-Gesetz sprach er auch über die Plastik-Strategie der EU.

Mindrup ist ordentliches Mitglied des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion Mitberichterstatte für Klima und Energie. Der Abgeordnete, der an den Verhandlungen zum Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 unmittelbar mitgearbeitet hatte, führte zu nächst aus, welche Ziele die große Koalition und seine Fraktion im Bereich Klima und Energie verfolgen.

Klimaschutzplan 2050

Dabei betonte er, dass der Klimaschutzplan 2050 im November 2016 von der Bundesregierung verabschiedet wurde und der Bundestag damals nicht eingebunden war. Vor diesem Hintergrund begrüßte er den Plan der großen Koalition, nun auch ein Klimaschutz-Gesetz verabschieden zu wollen. Dies sei unter anderem auch deshalb geboten, weil Deutschland seine für 2020 gesetzten Klimaschutzziele „krachend“ verfehlen werde. Die wesentlichen Gründe hierfür seien darin zu sehen, dass die Bevölkerung stärker als erwartet gewachsen sei und entsprechend auch mehr Energie verbrauche. Zudem hätten die bislang ergriffenen Maßnahmen nicht den erwünschten Erfolg gezeigt. Dies gelte insbesondere für den Verkehrssektor. Die SPD-Bundestagsfraktion habe zum Klimaschutzgesetz bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die von Bernd Westphal, MdB, und Mindrup geleitet werde. Der Berliner Abgeordnete sprach sich dafür aus, dezentrale Strommärkte einzuführen und Ungereimtheiten bei der deutschen Energiebesteuerung zu beseitigen. Zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden warb er für einen quartiersbezogenen Ansatz.

In der anschließenden Diskussion unterstützten Mitglieder des BGA-Ausschusses den von Mindrup genannten Quartiersansatz zur Verbesserung der Energieeffizienz von Ge-

bäuden. Gleichzeitig hoben sie hervor, dass dabei auch der Altbestand von Gebäuden und nicht nur Neubauten berücksichtigt werden sollen. Sie forderten, dass die Energiepolitik technologieoffen bleiben müsse und äußerten sich kritisch gegenüber Subventionen. Mindrup zeigte sich überzeugt, dass Klimapolitik nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werde und die ergriffenen Maßnahmen der Wirtschaft nicht schaden. Hierzu brauche es unter anderem Geschäftsmodelle, die auf eine Speicherung von Energie hinauslaufen. Auf entsprechende Nachfrage antwortete der Sozialdemokrat, dass mit ersten Entwürfen für ein Gebäudeenergiegesetz nach der Sommerpause zu rechnen sei.

Plastik-Strategie der EU

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschusssitzung war die Plastik-Strategie der EU. Die Ausschussmitglieder betonten, dass die darin vorgesehenen Recycling-Pläne problematisch seien, da sie technische Hindernisse beim Recycling von Plastik nicht berücksichtigten. Hier müsse klar kommuniziert werden, in welchen Bereichen Plastik sinnvoll einsetzbar sei und dass eine thermische Verwertung von Plastik in einigen Fällen sinnvoller sei, als eine Verpflichtung zur Wiederverwertung.

Darüber hinaus berieten die Teilnehmer über die neue Explosivstoff-Verordnung der EU-Kommission, das EU-Abfall-Paket sowie Veränderungen im Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG).

i Die nächste Sitzung des BGA-Ausschusses für Umwelt und Energie wird am 5. November 2018 in Berlin stattfinden.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

Deutsche Außenwirtschaft weiterhin auf gutem Kurs – Deutsch-chinesische Regierungskonsultationen können Partnerschaft stärken

„Auch im Mai hat die deutsche Außenwirtschaft ein Ergebnis vorgelegt, mit dem wir mehr als zufrieden sein können. Die Unternehmen überzeugen weiterhin weltweit mit ihren Waren und Dienstleistungen und trotzen so der derzeitigen Unberechenbarkeit des Welthandels.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann heute in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für Mai 2018 bekannt gegeben. Demnach wurden Waren im Wert von 109,1 Milliarden Euro exportiert und damit im Vorjahresvergleich um 1,3 Prozent weniger. Mit einem Warenwert von 89,4 Milliarden Euro sind die deutschen Importe gestiegen, im Vorjahresvergleich um 0,8 Prozent. Die Außenhandelsbilanz schloss damit mit einem Überschuss von 19,7 Milliarden Euro ab.

„Besonders vor dem Hintergrund der sich scheinbar eintrübenden Konjunktur zeigt sich mal wieder, wie wichtig die EU für Deutschland ist. Wir begrüßen den kooperativen Geist der letzten Zeit unter den Mitgliedsstaaten und wünschen uns dies auch mit unseren anderen Partnern in der Welt. Die heute beginnenden deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen in Berlin sind eine gute Gelegenheit, die enge Partnerschaft der beiden Länder weiter auszubauen. Es gibt eine Vielzahl von bilateralen, aber auch internationalen Themen, die man im Dialog gemeinsam voranbringen kann. Uns ist vor allem ein fairer und offener Welthandel wichtig. Und hier sollte China noch einiges tun, damit sein Bekenntnis zur Globalisierung und Marktöffnung kein Lippenbekenntnis bleibt. Wir sind zuversichtlich, dass die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene eine gute Voraussetzung für positive Ergebnisse ist“, so Bingmann abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 9. Juli 2018

„Wenn zwei sich streiten, freut sich kein Dritter“ Wunsch in unsicheren Zeiten: China als starker, aber fairer Partner

„Diesmal gilt ‚Wenn zwei sich streiten, freut sich kein Dritter‘. Wir beobachten die Eskalation zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt mit großer Sorge. Die wechselseitig verhängten Strafzölle werden nicht nur die Exporte von den in den USA ansässigen Unternehmen nach China und umgekehrt treffen, sondern Unternehmen auf der ganzen Welt werden zu den Verlierern gehören. So ist nicht zuletzt bei vielen Produkten die internationale Arbeitsteilung so weit vorangeschritten, dass vermeintlich gezielte Maßnahmen zwangsläufig auch Unternehmen in der Lieferkette aus unbeteiligten Ländern treffen. Wir appellieren an beide Parteien, die Spirale der Strafzölle zu stoppen und vorhandene Konflikte im Rahmen der Streitschlichtung der WTO zu lösen. Insbesondere China sollte nun im eigenen Interesse für den regelbasierten Welthandel ernsthaft eintreten, anstatt auf Provokationen derjenigen zu reagieren, die einer globalen Handelsordnung Schaden zufügen wollen.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann heute in Berlin.

Mit Blick auf die anstehenden **deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen** wünscht Bingmann, „dass China als unser wichtigster Handelspartner unsere Sorgen bezüglich Asymmetrien im Marktzugang ernst nimmt und Wettbewerbsgleichheit für ausländische Unternehmen im Land herstellt. Chinas Bekenntnis zur Globalisierung und Marktöffnung muss ein reales Gesicht bekommen. Mit dem weitreichenden Arm der Politik in alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche ist zu befürchten, dass die chinesische Wirtschaft restriktiver und nationalistischer wird. Sorge bereiten uns beispielsweise die Rechts- und Planungssicherheit unserer Unternehmen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Lebensmittelzertifikat. Verschiedene Fragen zum Inhalt und zur Umsetzung sollten die Behörden im gemeinsamen Gespräch möglichst bis Ende dieses Jahres klären, damit Geschäfte davon nicht beeinträchtigt werden. Auch der Entwurf für ein chinesisches Exportkontrollgesetz weicht nicht nur von der internationalen Zielsetzung ab, sondern erhebt zudem einen ähnlichen extraterritorialen Anspruch wie das US-Exportkontrollrecht, das ebenso zu Einschränkungen im Handel führen wird und somit allen Beteiligten schadet.“

 BGA-Pressemitteilung vom 6. Juli 2018

RECHT & WETTBEWERB

Sechs Vorschläge zur EU-Sammelklage

Mit ihrem Vorschlag zur Einführung einer Sammelklage will die Europäische Kommission den kollektiven Rechtsschutz EU-weit ausbauen. Der BGA lehnt den Richtlinienvorschlag entschieden ab und macht sechs Vorschläge, wie er im Sinne der deutschen Handels- und Dienstleistungsunternehmen verbessert werden muss.

Die Kommission will es sogenannten qualifizierten Einrichtungen ermöglichen, stellvertretend für geschädigte Verbraucher Schadensersatzansprüche kollektiv durchzusetzen. Damit geht der Vorschlag deutlich über den Gesetzentwurf für eine Musterfeststellungsklage hinaus, den der Deutsche Bundestag derzeit berät. In seinem Positionspapier kritisiert der BGA, dass die Regelungsvorschläge vollkommen unzureichend sind, um missbräuchliche Sammelklagen und damit die Entstehung einer Klageindustrie wie in den USA auszuschließen. Vielmehr ist zu erwarten, dass künftig auf Initiative von Anwaltskanzleien Verbände gegründet werden können, die aus reiner Profitgier Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit Sammelklagen überziehen.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ist sicherzustellen, dass ein missbräuchlicher Einsatz der Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes ausgeschlossen wird. Sammelklagen dürfen nur unter engen Voraussetzungen zulässig sein, Verbände sollten nicht klagebefugt sein. Ziel muss es sein, dass Klagen nur dann angestrengt werden können, wenn sie tatsächlich der Kompensation geschädigter Verbraucher dienen.

① Ein BGA-Positionspapier zu diesem Thema finden Sie unter: www.bga.de/info-media/publikationen/

[Alexander Kolodzik]

STEUERN

BGA plädiert für Vereinfachung bei der Einfuhrumsatzbesteuerung

Bei Einfuhren sind die steuerlichen Wettbewerbsbedingungen am Standort Deutschland für Importeure ein wichtiger

Standortfaktor. So wird beispielsweise für die Einfuhr von Gütern über die Niederlande in Deutschland geworben, weil in den Niederlanden die Einfuhr in die Europäische Union und die anschließende weitere Lieferung nach Deutschland umsatzsteuerlich einfacher administriert werden kann. Seit rund 15 Jahren unterstützt der BGA Überlegungen, die Einfuhrumsatzsteuer, die vom Zoll verwaltet wird, und den damit verbundenen Vorsteuerabzug, der von der Finanzverwaltung administriert wird, zu vereinfachen, indem auch in Deutschland eine direkte Verrechnung möglich wird.

Erfreulich ist, dass eine Optimierung der steuerlichen Regelungen bei den Einfuhren nach Deutschland Eingang in den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD gefunden hat. Anlässlich erster Überlegungen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe hatte das BMF zu einem Gespräch eingeladen. Dieses erfuhr einen deutlich größeren Zuspruch als erwartet. Der BGA nahm daran teil und machte deutlich, dass eine Optimierung der steuerlichen Einfuhrregelungen unter Wettbewerbs- und Liquiditätsaspekten geboten ist. Unter den teilnehmenden Verbänden bestand Einvernehmen, eine Verrechnung von Einfuhrumsatzsteuer und Vorsteuer als grundlegende Lösung anzustreben. Der BGA unterstützt diese Zielsetzung und würde auch eine Zwischenlösung begrüßen, die eine administrative Vereinfachung bringt und den Weg zu einem Verrechnungsmodell öffnet.

Von Seiten des BMF wurde als ein Zwischenfazit mitgenommen, dass die von der Wirtschaft vorgetragene Problematik kein Thema von nur regionaler, sondern von landesweiter Bedeutung ist. Es wurde betont, dass die Politik das Thema aufgegriffen habe, aber noch keine Aussage zur zeitlichen Perspektive einer Umsetzung getroffen werden kann. Allerdings wurde eingeräumt, dass eventuell eine Zwischenlösung erwogen werden müsse, ohne eine endgültige Lösung zu blockieren, die aber eine Teilentlastung bringe.

① Folgende Anlage können Sie gern unter Michael.Alber@bga.de anfordern: Ergebnisse der interdisziplinären Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Optimierung des Erhebungsverfahrens der Einfuhrumsatzsteuer (EUST)“.

[Michael Alber]

UMWELT & ENERGIE

Regionalveranstaltungen zur IEEN im September 2018

Der BGA ist einer von 22 Wirtschaftsverbänden, die Partner der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke (IEEN) sind. Die Erfahrung und der Austausch mit den anderen Partnern der Initiative haben gezeigt, dass Energieeffizienz-Netzwerke, insbesondere in der Region, erfolgreich sind. Eine Umfrage vom vergangenen Jahr hat verdeutlicht, dass drei von vier Unternehmen, die an einem Energieeffizienz-Netzwerk teilnehmen oder teilgenommen haben, mit den Ergebnissen der Netzwerkarbeit sehr bis außerordentlich zufrieden sind. 94 Prozent würden anderen Unternehmen die Teilnahme an einem Netzwerk aktiv weiterempfehlen. Im September gibt es zwei Regionalveranstaltungen der IEEN:

- **Energieeffizienz-Netzwerke als Instrument für den Unternehmenserfolg** am **4. September 2018**, von 14.00 bis 18.30 Uhr, NBank Hannover, Günther-Wagner-Allee 12-16, 30177 Hannover
- **Regionalveranstaltung „Nord“** der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke am **28. September 2018**, von 10.00 bis 14.00 Uhr, in der Aurubis AG, Alte Schlosserei, Hovestraße 50, 20539 Hamburg.

Hier werden Unternehmer von konkreten Erfahrungen und Erfolgsgeschichten aus der Netzwerkarbeit berichten. Zudem wird ein Vertreter des BMWi die neuen vereinfachten Bundesförderprogramme für Energieeffizienz in Unternehmen vorstellen und mit Netzwerkakteuren diskutieren, wie Unternehmen im Rahmen von Energieeffizienz-Netzwerken einfache Fördermittel in Anspruch nehmen können.

① Anmeldemöglichkeiten und weitere Informationen unter:
<http://www.effizienznetzwerke.org/veranstaltungen/>

[Sebastian Werren]

VERKEHR

Positionspapier: Entsendung von Arbeitnehmern im Transportsektor

Die deutschen Verbände der Industrie, des Handels und der Logistik sprechen sich in einer gemeinsamen Erklärung ge-

gen die Ausweitung der Entsenderichtlinie auf den Transportsektor aus.

① Das Positionspapier finden Sie unter:
www.bga.de/info-media/publikationen/

Schnellere Förderung für Breitbandausbau

Mit einer jetzt vorliegenden überarbeiteten Förderrichtlinie will die Bundesregierung den Breitbandausbau weiter vorantreiben. Unter anderem soll das Verfahren für die Antragstellung wesentlich schneller und einfacher werden. Die Bündelung von Anträgen wird abgeschafft – sie werden künftig fortlaufend bearbeitet. Auch die Wirtschaftlichkeitsbewertung zur Bewilligung der Mittel entfällt. Es genügt für die Antragstellung durch eine Kommune künftig, mit dem Ergebnis des Markterkundungsverfahrens die Förderfähigkeit des beantragten Gebiets nachzuweisen. Daneben können Kommunen, die bislang auf eine Kupfertechnologie gesetzt haben, ihr Projekt noch bis Ende 2018 auf Glasfaser umstellen. Der Bund stockt hierfür den Bundesanteil entsprechend auf.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Wir haben eine veränderte Sicherheitslage in Europa, wir erleben Veränderungen im europäisch-amerikanischen Verhältnis.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat an die EU appelliert, sich angesichts des Streits mit den USA stärker auf sich zu besinnen.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
Telefon: 030 590099-50
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 13. Juli 2018
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich